



Forderungen klimaangepasstes Bauen

Nirgendwo anders zeigen sich die Auswirkungen des Klimawandels derart drastisch wie in den dicht bebauten Städten mit einem Mix aus Versiegelung und lokalen Überflutungen, Überhitzung, Feinstaub, Stickoxiden und hohen Ozonwerten. Dabei steht der Klimawandel mit zunehmenden Starkregenereignissen, Hitzewellen und Trockenperioden bereits in der Tür. Klimaschutz und klimaangepasstes Bauen müssen eine der zentralen Aufgaben in dieser kommenden Legislaturperiode sein. Es gibt kein Erkenntnisproblem, es hapert an der Umsetzung. Hier möchte ein breites Bündnis aus Vertretern des Bausektors die Politik in Wiesbaden sensibilisieren und dazu auffordern, stärker auf die Zusammenarbeit bei diesen Themenfeldern zu setzen.

Ideen/Forderungen:

- Die Zusammenarbeit zwischen hessischen Ministerien muss in diesem Bereich ressortübergreifend gefördert und institutionalisiert werden.
- Kommunen und Projektentwickler müssen befähigt werden, nachhaltige Stadt- und Quartierplanung zu betreiben. Dies bedeutet keinen bürokratischen Mehraufwand.
- Die hessische Landesregierung ist aufgefordert, integrierte Konzepte für Wohnen, Arbeiten und Mobilität zu erarbeiten und voranzutreiben. Das beinhaltet umfassende Förderprogramme, eine personelle und finanzielle Befähigung der Städte und Kommunen und dadurch Ermöglichung einer zukunftssicheren Stadtplanung.
- Städte und Gebäude müssen in Bezug auf Extremwetterereignisse aktives Risikomanagement betreiben. Maßnahmen wie Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement müssen in die Raumordnungs- und Regionalplanung eingebunden sein und einem wasserwirtschaftlichen Rahmenplan folgen.
- Kommunen brauchen ein langfristiges und ausreichend dotiertes Finanzierungsinstrument für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung. Hessen sollte sich für die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe für Klimaanpassung und Klimaschutz im Grundgesetz einsetzen (Artikel 91a GG).